

NIEDERSCHRIFT

über die **24.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **02.11.2016**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:40 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Heijo Drießen
 3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 4. Herr Bernd Ramakers
 5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
 6. Herr Dieter Welsink
 7. Herr Johann-Andreas Werhahn
 8. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Herrn Graf von Nesselrode
Vertretung für Herrn Dr. Ammermann

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
 10. Herr Horst Fischer
 11. Herr Harald Holler
 12. Herr Dieter Jüngerkes
- Vertretung für Herrn Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13. Frau Angela Stein-Ulrich
14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

Vertretung für Herrn Demmer

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Rolf Kluthausen

• **Die Linke-Fraktion**

16. Frau Kirsten Eickler

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

18. Frau Janine Conrads
19. Herr Günter Hassels
20. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
21. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
22. Herr Marcus Temburg
23. Herr Harald Vieten
24. Herr Dezernent Bijan Djir-Sarai
25. Herr Robert Abts
26. Herr Thomas Schütz
27. Herr Urban Wahlen

• **Schriftführerin**

28. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	6
2.1.	Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 06.09.2016	6
2.2.	Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.09.2016	6
2.3.	Finanzausschuss am 26.09.2016	7
2.4.	Schulausschuss am 06.10.2016	7
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	7
3.1.	Sportausschuss am 19.09.2016	7
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum September/Oktober 2016 Vorlage: 61/1621/XVI/2016.....	8
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum September /Oktober 2016 Vorlage: 61/1620/XVI/2016	9
6.	Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung (Stand : Oktober/November 2016) Vorlage: ZS5/1681/XVI/2016	9
7.	Metropolregion Rheinland Vorlage: LR/1688/XVI/2016	9
8.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1658/XVI/2016.....	10
9.	Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: II/1676/XVI/2016	11
10.	Bericht zur Digitalisierung im Rhein-Kreis Neuss (Handlungsfelder und Strategien zur nachhaltigen Umsetzung und Förderung des Digitalisierungsprozesses im Rhein-Kreis Neuss) Vorlage: VI/1692/XVI/2016.....	11
11.	Anträge.....	13
11.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 19.10.2016 zum Thema "Chancen des Gewerbegebietes Silbersee nutzen" Vorlage: 010/1691/XVI/2016	13
12.	Resolution der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 18.10.2016 zum Thema "Senkung der Landschaftsumlage" Vorlage: 010/1687/XVI/2016	14
13.	Anfragen	14
13.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.09.2016 zum Thema "Demokratie leben!" Vorlage: 50/1673/XVI/2016	14
13.2.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2016 zum Thema "Spitzensportförderung" Vorlage: 010/1664/XVI/2016	15

13.3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2016 zum Thema "Reichsbürger im Rhein-Kreis Neuss"	15
14. Mitteilungen	15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

zu Top 2 „Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse“	- 2.4 Niederschrift Schulausschuss vom 06.10.2016
zu Top 12 „Resolution der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 18.10.2016 zum Thema „Senkung der Landschaftsumlage““	- Vorlage der Verwaltung ☒
zu Top 13 „Anfragen“	- 13.3 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2016 zum Thema „Reichsbürger im Rhein-Kreis Neuss“ ☒
zu Top 1 nÖ „Bestätigung von Niederschriften“	- 1.3 Niederschrift Liegenschaftsausschuss vom 26.10.2016
zu TOP 4 nÖ „Leistungssport im Rhein-Kreis Neuss“	- Vorlage der Verwaltung ☒
zu TOP 6 nÖ „Auftragsvergaben“	- 6.2 Seniorenhaus Korschenbroich, Umgestaltung Gesamtanlage, Bodenbelagarbeiten ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer wies darauf hin, dass die per postcon zugestellten Sitzungsunterlagen verspätet eingegangen seien.

Dem stimmte Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel zu und merkte an, dass in den vergangenen Wochen Sitzungsunterlagen häufig verspätet durch postcon zugestellt wurden. Es sollte daher in naher Zukunft eine Lösung für das Problem gefunden werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Verwaltung zurzeit Beschwerden über postcon sammelt um mit dem Unternehmen in naher Zukunft Gespräche zu führen. Zudem sei man dabei, den Fokus auf eine digitale Zustellung zu setzen.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 06.09.2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Bernd Ramakers wies darauf hin, dass die Rettungsdienste in NRW seit einiger Zeit keine Fachkräfte mehr ausbilden würden, weil es keine Einigung für die Übernahme der Kosten für die Berufsausbildung des Notfallsanitäters gebe. Es drohe in Zukunft ein Personalmangel, der auch im Rhein-Kreis Neuss zu spüren sein werde. Es bestünde die Gefahr, dass es ab dem Jahr 2020 zu wenige Fachkräfte im Bereich des Rettungsdienstes gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bestätigte das Problem und merkte an, dass das Problem durch die Anordnung der Ersatzvornahme der Bezirksregierung gelöst werden könne.

KA/20161102/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz vom 06.09.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.09.2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Angela Stein-Ulrich teilte mit, dass es im letzten Sozial- und Gesundheitsausschuss eine Anfrage zum Thema Inklusion/Poollösung gab. In dem Zusammenhang wurde berichtet, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss nicht mehr zuständig sei, da das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in einem Arbeitsentwurf eine Verlagerung der Zuständigkeit vom SGB XII ins SGB VIII vorsehe. Da es aber im Moment noch kein Gesetz, sondern nur einen Entwurf gebe, stelle sich die Frage, wer bzw. welches Gremium für die Themen zuständig sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass sich die finanziellen Aspekte im Rahmen einer Poollösung als freiwillige Maßnahme darstellen, solange kein Gesetz konkreteres regelt. Die Kosten für ein Konzept würden aus dem Kreishaushalt bezahlt. Ein konkreter Finanzierungsvorschlag liege aber bislang noch nicht vor. Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass der Gesetzgeber sich noch nicht zu der Frage geäußert habe, ob die Bildung einer Poollösung sinnvoller sei als eine Individualförderung.

1. stellvertretender Landrat Dr. Hans- Ulrich Klose erklärte, dass es eine Einwohnerinitiative im Marienviertel in Neuss gebe. Die Situation in diesem Viertel sei nach Medienberichten kritisch, da neben Alkoholexzessen auch Drogenmissbrauch gemeldet wurde. Diese Situation müsse von der Politik und der Verwaltung aufgegriffen werden, damit

vorhandene Missstände beendet werden. 1. stellvertretender Landrat Dr. Hans- Ulrich Klose bat darum, über die aktuelle Situation und Entwicklung der Drogenabhängigkeit im Marienviertel der Stadt Neuss im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss weiter zu berichten.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel merkte an, dass das Problem nicht verdrängt werden dürfe, sondern nach einer schnellstmöglichen Lösung gesucht werden müsse. Eine Verlagerung des Problems sei nicht wünschenswert.

Die komplette Abschaffung von Drogenmissbrauch und Alkoholexzessen sei sehr schwierig, teilte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke mit. Durch gezielte Hinweise von Bewohnern an die Polizei und verstärkte Kontrollen solle versucht werden, das Problem zu entschärfen.

KA/20161102/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 14.09.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Finanzausschuss am 26.09.2016

KA/20161102/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 26.10.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Schulausschuss am 06.10.2016

Protokoll:

Die Bestätigung des Schulausschusses wird in den nächsten Kreisausschuss verschoben.

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Sportausschuss am 19.09.2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink verwies auf den Beschluss, dass der Sportaus-

schuss die Fortschreibung des Masterplans Leistungssport im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel beschlossen hatte. Der Sportausschuss einigte sich darauf, dass die Verwaltung ein Leistungsverzeichnis erstelle und dies mit den in Frage kommenden Institutionen bespreche. Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink führte weiter aus, dass Konsens darüber bestünde, dass vor allem junge Leute im Bereich des Leistungssports gefördert werden sollten. Daher sei es wichtig, die aktuelle Sportsituation zu analysieren und die Zusammenarbeit mit Partnern von Sportvereinen/Sportarten zu fördern, um Leistungssport zukunftssicher zu machen. Das Thema Doping Prävention sollte bei dem Thema mitbehandelt und ggf. in das Leistungsverzeichnis aufgenommen werden.

KA/20161102/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Sportausschusses vom 19.09.2016 zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum September/Oktober 2016 Vorlage: 61/1621/XVI/2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt merkte an, dass auch im Rhein-Kreis Neuss mit Erdkabeln gearbeitet werden solle, falls dies technisch umsetzbar sei. Vor allem in eng bebauten Gebieten sei dies die bessere Lösung als eine Freileitung. Eine Hochspannungsleitung käme vor allem in landwirtschaftlich genutzten Räumen in Betracht, da hier eine Erdverkabelung ein sehr großer Eingriff in die Bodenstruktur darstelle. Er bat daher die Verwaltung, nochmal Kontakt zu dem Netzbetreiber aufzunehmen und auf Grundlage der neuen Bewertung nachzufragen, ob im Kreisgebiet auf eine Erdverkabelung umgestiegen werden könne und falls nicht, warum dies abgelehnt werde.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel stimmte den Ausführungen von Kreistagsabgeordneten Wolfgang Wappenschmidt zu und erklärte, dass es ein Gesetz gebe, welches regle, dass in der Nähe von Wohnbebauungen Erdkabel verlegt werden müssten, außer dort wo die Trassen schon vorhanden seien.

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer legte dar, dass in dichter Wohnbebauung geprüft werden müsse, ob dort Erdkabel verlegt werden könnten. Außerhalb der Wohnbebauung seien Hochspannungsleitungen eher angebracht.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen widersprach Kreistagsabgeordneten Horst Fischer insofern, dass es eine klare Regelung zum Thema Erdverkabelung geben müsse. Eine Erdverkabelung sei auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gefordert, merkte Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich an.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke kündigte an, dass eine erneute Antwort bei den Netzbetreibern abgefragt werde. Landrat Hans-Jürgen Petruschke teilte unter anderem mit, dass die Bereitschaft der Bürger, eine reine Erdverkabelung zu erhalten nicht auf allgemeine Zustimmung treffe. Es gebe problematische Bereiche, wie beispielsweise Friedhöfe, wo eine Erdverkabelung nicht wünschenswert sei.

KA/20161102/Ö4**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum September/Oktober 2016 zur Kenntnis.

**5. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum September /Oktober 2016
Vorlage: 61/1620/XVI/2016**

KA/20161102/Ö5**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum September/Oktober 2016 zur Kenntnis.

**6. Wirtschafts-und Beschäftigungsförderung (Stand : Oktober/November 2016)
Vorlage: ZS5/1681/XVI/2016**

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke informierte darüber, dass der Wirtschaftsförderung des Rhein-Kreises Neuss der Mittelstandspreis für die Förderung kleinerer und mittelständischer Unternehmen verliehen wurde. Dies zeige die gute Arbeit sowie die Erfolge der Kreiswirtschaftsförderung. Gleichzeitig solle diese Auszeichnung ein Ansporn für die nächsten Jahre sein.

Weiterhin sei sehr erfreulich, dass die Zahl der Arbeitslosen, die durch die Agentur für Arbeit mitgeteilt wurden, im Gegensatz zum Vormonat weiter gesunken sei. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober bei 5,3 %. Im Vormonat belief sie sich auf 5,4 %. Zudem sei es positiv, dass die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen, im Gegensatz zum Vorjahr um 18,1 % gesunken ist. In dem Zusammenhang betonte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass den Jugendlichen von Anfang an eine Berufsperspektive geboten werden müsse.

KA/20161102/Ö6**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand: Oktober/November 2016) zur Kenntnis.

**7. Metropolregion Rheinland
Vorlage: LR/1688/XVI/2016**

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, dass am 24.10.2016 die Steuerungsgruppe der Metropolregion Rheinland getagt hatte und insbesondere über ein Arbeits-

programm, einen Zeitplan und den Stand der Satzungsdiskussion debattierte. Da bei dem Lenkungskreis nicht viele Mitglieder anwesend waren, wird in Kürze ein neuer Lenkungskreis stattfinden, um über detaillierte Fragen, Anregungen und Entwicklungen zu beraten.

Die Steuerungsgruppe habe sich zudem einen Überblick über die bisher eingegangenen Stellungnahmen zum Satzungsentwurf verschafft, referierte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke weiter. In diesen werde einhellig die Gründung einer Metropolregion Rheinland begrüßt. Bezüglich der konkreten Ausgestaltung eines Vereines gebe es zahlreiche Anregungen und Änderungsvorschläge. Dies gelte insbesondere für die Ablehnung einer Doppelmitgliedschaft von Duisburg und Wesel bei zwei Metropolregionen. In der nächsten Vollversammlung werde ein überarbeiteter Satzungsentwurf vorgelegt. Über diesen und über das Arbeitsprogramm solle in der Vollversammlung am 12.01.2017 entschieden werden. Nach der Vollversammlung werden alle erforderlichen Unterlagen an die Kommunen, Kreise und Kammern versendet, damit diese in ihren Gremien einen Beschluss über den Beitritt zur Metropolregion Rheinland herbeiführen können. Die Gründungsversammlung der Metropolregion Rheinland werde voraussichtlich am 20.02.2017 stattfinden.

8. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/1658/XVI/2016

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneter Kirsten Eickler, ob es einen neuen Sachstand zum Thema Mietspiegel gebe, antwortete Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, dass Ergebnisse noch nicht vorliegen, der Mietspiegel jedoch Anfang nächsten Jahres erstellt werde und so dem Jobcenter als bessere Arbeitsgrundlage diene.

Kreistagsabgeordneter Dieter Jüngerkes erwähnte, dass der Kreis den kreisangehörigen Städten und Gemeinden aus den Kosten der Unterkunft eine Summe in Höhe von 1,7 Mio. Euro zurückgezahlt habe und fragte nach, wie es zu einer solchen Verbesserung gekommen sei.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass nachdem der Haushalt genehmigt wurde auch der geringere Hebesatz für den Bereich gelte. Man wisse noch nicht wie das Land mit den Geldern, die der Bund gibt in Zukunft umgehe.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich führte aus, dass im April im Vergleich zum Mai die Bedarfsgemeinschaften gestiegen seien, der Anteil vom Ansatz jedoch sank und fragte nach warum die Zahlen voneinander abweichen.

Die Statistik sei nicht immer ganz nachvollziehbar, erklärte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Möglicherweise wurden in der Übersicht Nachbewilligungen mit einbezogen.

KA/20161102/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die SGB II- Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

9. Bericht zur Flüchtlingssituation Vorlage: II/1676/XVI/2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan Gellrich erkundigte sich, wie lange die 28 Jugendlichen für einen Platz in den internationalen Klassen der Berufsbildungszentren und die 16 Kinder auf einen Platz an anderen weiterführenden Schulen im Rhein-Kreis Neuss warten und welche Hindernisse es gebe.

Kreisdezentern Tillmann Lonnes antwortete, dass die Wartelisten der Berufsbildungszentren für internationale Klassen abgearbeitet seien. Die Wartezeiten resultierten unter anderem aus den Voraussetzungen der Landesregierung für internationale Klassen, die vorgeben, dass Lehrer entweder Deutsch als Fremdsprache oder Deutsch als Zweitsprache unterrichten können. Diese Lehrkräfte seien anfangs in so großer Zahl nicht vorhanden gewesen. Mittlerweile konnten durch entsprechende Lehrgänge die Voraussetzungen geschaffen werden.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch fragte, wie sich die Wohnsitzauflage, verteilt auf die Städte und Gemeinden, in absoluten Personenzahlen auswirke.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass das Land die Personen ohne Bleibeperspektive dennoch an die Kommunen verteilen. Sobald es genauere Zahlen zu der Verteilung der Flüchtlinge gebe, würden diese den Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke betonte, dass es wichtig sei, die Menschen so schnell wie möglich in Kurse und Praktika zu bringen, damit die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen könne.

KA/20161102/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Flüchtlingssituation zur Kenntnis.

10. Bericht zur Digitalisierung im Rhein-Kreis Neuss (Handlungsfelder und Strategien zur nachhaltigen Umsetzung und Förderung des Digitalisierungsprozesses im Rhein-Kreis Neuss) Vorlage: VI/1692/XVI/2016

Protokoll:

Kreisdezentern Bijan Djir-Sarai erläuterte den ersten vorliegenden Digitalisierungsbericht des Rhein-Kreises Neuss. Dabei handle es sich inhaltlich hauptsächlich um Strategien und Handlungsfelder zur Umsetzung und Förderung des Digitalisierungsprozesses im Rhein-Kreis Neuss. Der Bericht sei dabei als Impulsgeber für Maßnahmen zu sehen. Im Kern seien drei Punkte behandelt worden. Zuerst habe sich der Rhein-Kreis Neuss als Ziel gesetzt zu den innovativsten Kreisen Deutschlands zählen zu wollen. Weiterhin solle die Umsetzung der E-Governmentmaßnahmen des Landtages aus Juli 2016 vollzogen werden. Besonders solle die Umsetzung in der Kreisverwaltung stattfinden. Dafür spiele eine intensivere interkommunale Zusammenarbeit, auch außerhalb des Kreisgebietes, eine entscheidende Rolle.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen betonte ebenfalls die hohe Relevanz der Digitalisierung. Sie sei oft ein wichtiger Standort- und Wettbewerbsfaktor. Der Kreis sei derzeit dabei sich gut aufzustellen, was von der FDP-Kreistagsfraktion begrüßt werde.

Ebenso begrüße die SDP-Kreistagsfraktion den Bericht, so Kreistagsabgeordneter Harald Holler. Besonders die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit sei ein positiver Faktor. Er erkundigte sich nach konkreteren Angaben wie die Intensivierung erfolgen solle.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler äußerte den Wunsch das Freifunkkonzept der Stadt Neuss mit aufzunehmen, da ein einheitliches Anbindungskonzept sinnvoller erscheine als ein neues eigenes Konzept des Kreises. Als Verbesserung der Freifunkkommunikation könne man überlegen Richtfunkstätten über die Landesgebäude im Rhein-Kreis Neuss zu installieren.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt merkte an, dass die Bevölkerung durch die verschiedenen Angebote verunsichert sei. Man solle nach außen kommunizieren, dass alleine Glasfaser zukunftsfähig sei.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch schloss sich der Meinung des Kreistagsabgeordneten Wolfgang Wappenschmidt an und betonte, dass der Rhein-Kreis Neuss diese Auffassung über die Presse kommunizieren solle.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass man als Kreis nicht für bestimmte Firmen werben dürfe.

Kreisdezernent Bijan Djir-Sarai erklärte, dass es zum Thema interkommunale Zusammenarbeit über die ITK-Rheinland seit etwa einem Jahr einen Arbeitskreis namens BRIT (Bergisch Rheinische IT Kooperation) gebe. Im Rahmen dieser Kooperation versuche man Wege zu finden um gemeinsame IT-Strukturen aufzubauen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass der Förderantrag zur Breitbandverkabelung gestellt sei und spätestens im Januar mit Ergebnissen gerechnet werden könne.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler merkte abschließend an, dass die Rohdatenerfassung der Apps des Rhein-Kreises Neuss zur Verfügung gestellt werden solle, damit Firmen diese Daten ebenso nutzen können.

KA/20161102/Ö10

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Digitalisierung im Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis.

11. Anträge

11.1. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 19.10.2016 zum Thema "Chancen des Gewerbegebietes Silbersee nutzen" Vorlage: 010/1691/XVI/2016

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink erläuterte den Antrag und berichtete, dass Medienberichten zufolge die Stadt Dormagen mit einem neuen Projektentwickler Gespräche über die Ansiedlung von Unternehmen im Gewerbegebiet Silbersee führen würde. Die Ansiedlung von neuen Unternehmen auf der 100 ha Fläche ist eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Rhein-Kreis Neuss. Zudem könnten viele zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze dort geschaffen werden. Für die erfolgreiche Entwicklung des Gewerbegebietes sei ein Autobahnanschluss in Delrath jedoch unabdingbar. Der Anschluss würde nicht nur eine gute Anbindung an das überörtliche Straßennetz garantieren, sondern gleichzeitig das heute schon hohe Verkehrsaufkommen im Neusser Süden reduzieren.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich erwiderte, dass dies zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehöre. Diese lägen in den Händen der Kreisverwaltung, sodass der Antrag überflüssig sei.

Kreistagsabgeordneter Rolf Kluthausen stellte klar, dass es bei dem Antrag im Wesentlichen um eine positive Entscheidung zu dem Thema von der Bezirksregierung gehe.

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer merkte an, dass eine schnelle Umsetzung des Anschlusses von allen gewünscht sei. Die Verzögerung entstehe durch ein fehlendes Gutachten zum Verkehrsaufkommen. Der Auftrag dafür sei derzeit am Laufen und müsse erst zu Ende geführt werden. Dieses sei nötig um der Bezirksregierung eine positive Entscheidung zu ermöglichen. Deshalb sei es fraglich, ob der Antrag zu diesem Zeitpunkt ein Weiterkommen fördere oder ob das Thema nochmals im zuständigen Ausschuss besprochen werden müsse.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass die Kreisverwaltung derzeit an dem Gutachten arbeite. Jedoch könne es helfen, dass die Bezirksregierung die Vorarbeiten für die Entscheidung bereits durchführe bis das Verkehrsgutachten fertig erstellt sei. Ansonsten verzögere sich das gesamte Entscheidungsverfahren der Bezirksregierung noch weiter. Dazu komme die Verkehrsbelastung, die ohne einen Autobahnanschluss bei Vermarktung des Gewerbegebietes durch die Stadt Dormagen unverantwortlich sei. Zum jetzigen Zeitpunkt sei das Straßennetz schon überlastet. Durch den Antrag solle Druck auf die Bezirksregierung für eine schnelle Entscheidung aufgebaut werden.

Kreistagsabgeordneter Bernd Ramakers berichtete aus Gesprächen mit den Bürgern, dass das Gewerbegebiet mit dem Anschluss zusammenhängend gesehen werden müsse.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erklärte, dass die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich gegen den Antrag sei, sondern Fragen an die Bezirksregierung stünden noch aus, die gerne im Verkehrsausschuss vorher hätten besprochen werden sollen. Zumal die Zahlen aus dem Verkehrsgutachten noch nicht feststehen würden, diese jedoch eine bessere Grundlage für die Entscheidung darstellen würden.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink antwortete, dass seit 10 Jahren über den Anschluss diskutiert werde und durch das Gewerbegebiet sich eine Chance dafür ergeben

würde. Für die erfolgreiche Umsetzung des Gewerbegebietes fehle lediglich die Infrastruktur. Auch ohne Verkehrsgutachten könne man sagen, dass ein erhöhtes Verkehrsaufkommen durch die Vermarktung des Gewerbegebietes entstehe. Aufgrund dessen sei es die Aufgabe der Abgeordneten, von den staatlichen Behörden die Entscheidungen einzufordern, damit der Weg für den Anschluss freigemacht werden könne.

2. stellvertretender Landrat Horst Fischer legte dar, dass die SPD-Fraktion derselben Meinung sei und wenn der Antrag den Druck auf die Bezirksregierung erhöhe, stimme die SPD dem zu.

KA/20161102/Ö11.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP zum Thema „Chancen des Gewerbegebietes Silbersee nutzen“.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12. Resolution der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 18.10.2016 zum Thema "Senkung der Landschaftsumlage" Vorlage: 010/1687/XVI/2016

KA/20161102/Ö12

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Resolution der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 18.10.2016.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

13. Anfragen

13.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.09.2016 zum Thema "Demokratie leben!" Vorlage: 50/1673/XVI/2016

Die Anfrage wurde von der Verwaltung als Tischvorlage beantwortet.

13.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.10.2016 zum Thema "Spitzensportförderung"
Vorlage: 010/1664/XVI/2016

Protokoll:

Inhaltliche Aspekte wurden bereits unter 3.1. diskutiert.

13.3. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2016 zum Thema "Reichsbürger im Rhein-Kreis Neuss"

Die Anfrage wurde von der Verwaltung als Tischvorlage beantwortet.

14. Mitteilungen

Protokoll:

Kreisdezernent Karsten Mankowsky informierte über die Neuregelung der Styroporentsorgung durch die neue EU-Verordnung vom 30.09.2016. Nach der neuen Regelung galt Styropor als Sondermüll, was die Entsorgung für Bauherren stark erschweren würde, da die Entsorgung über eine Sondermüllverbrennungsanlage erfolgen müsse und dafür entsprechende Entsorgungsnachweise vorgelegt werden müssten. Anschließend würde ein aufwendiges Begleitscheinverfahren erfolgen müssen. Bisher konnte das Styropor im Hausmüll sicher entsorgt werden. Durch erhöhten Druck seitens des Kreises sowie zahlreicher Wirtschaftsverbände und auch der Bauindustrie auf das Ministerium sei ein Erlass verordnet worden.

Dessen Auswertung ergab, dass Styropor im Rhein-Kreis Neuss unter bestimmten Umständen weiterhin als Hausmüll entsorgt werden könne. Außerdem sei es möglich, wenn ein Baustoffgemisch weniger als 25 Volumenprozent Styropor enthalte, diesen an der Deponie Grefrath ohne Begleitscheinverfahren abzuliefern. Diese Mischung treffe man in der Praxis häufig an, sodass für den laufenden Betrieb Entwarnung gegeben werden könne. Bei mehr als 25 Volumenprozent Styropor könne das Baustoffgemisch nicht mehr von der Deponie Grefrath angenommen werden, da dort nicht über eine entsprechende Abfallschlüsselnummer verfügt werde. Diese Mischungen müssten in eine Sondermüllverbrennungsanlage geliefert werden und mit Begleitscheinverfahren abgewickelt werden.

Weiterhin gebe es zahlreiche Ausnahmetatbestände und Sonderregelungen. Auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss solle zur Information noch eine detailliertere Erklärung dazu erfolgen. Für die Baustellen habe dies zur Konsequenz, dass Styropor nicht mehr getrennt gehalten werden solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 16:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Annika Geppert
Schriftführung

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 20/1697/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	02.11.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Resolution der Kreistagsfraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft - Die Aktive vom 18.10.2016 zum Thema "Senkung der Landschaftsumlage"

Sachverhalt:

Bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 26.09.2016 hat die Verwaltung darüber informiert, dass bislang zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln Uneinigkeit darüber besteht bzw. bestand, wer Kostenträger für die Aufgaben der ambulanten Integrationshilfen in Schulen und Kindertageseinrichtungen im Rahmen der Eingliederungshilfe ist. Die Stadt Köln hat nunmehr ihre in diesem Rahmen erhobenen Klagen gegen den Landschaftsverband Rheinland zurückgenommen. Zuvor hatte der Landschaftsverband gegenüber den Mitgliedskörperschaften eine Garantieerklärung dahingehend abgegeben, dass allen Mitgliedskörperschaften im Falle eines Unterliegens des Landschaftsverbandes rückwirkend sämtliche Aufwendungen für Integrationshilfen erstattet werden. Als Vorsorge für dieses Erstattungsrisiko hat der Landschaftsverband Rheinland bereits seit 2015 Rückstellungen gebildet und dies auch für den Doppelhaushalt 2017/2018 vorgesehen, für das Haushaltsjahr 2017 in Höhe von 90 Mio. €. Dies führte bzw. führt zu einer Doppelbelastung der Mitgliedskörperschaften, die neben den Aufwendungen für die ambulanten Integrationshilfen über die Landschaftsumlage gleichzeitig die genannten Rückstellungen bedienen müssen. Mit der Klagerücknahme können nunmehr die Verfahren erledigt werden. Hierzu bedarf es noch klarstellender Erledigungserklärungen aller Mitgliedskörperschaften zur Kostentragung, nach der die sachliche Zuständigkeit des örtlichen Sozialhilfeträgers festgestellt wird, Kostenerstattungsansprüche, die in der Vergangenheit geltend gemacht wurden für erledigt erklärt werden und festgestellt wird, dass diese Erledigungserklärungen so lange gelten, wie die derzeitige Gesetzeslage fortbesteht. Für den Rhein-Kreis Neuss wird eine derartige Erklärung abgegeben werden.

Unter der Voraussetzung, dass von allen Mitgliedskörperschaften entsprechende Erledigungserklärungen abgegeben werden, kann auf der Ebene des Landschaftsverbandes davon abgesehen werden, in den Doppelhaushalt 2017/2018 Rückstellungen in Höhe von jeweils rund 90 Mio. € einzuplanen. Vorbehaltlich der weiteren Beratungen auf der Ebene des Landschaftsverbandes wäre dann für den Doppelhaushalt des Landschaftsverbandes 2017/2018 von einem Hebesatz in Höhe von 16,150 v.H. auszugehen.

Auf die Vermeidung der Doppelbelastung der Mitgliedskörperschaften sowie die daraus sich ergebenden positiven finanziellen Auswirkungen für die kommunalen Haushalte hatte der Landrat bereits in seiner Stellungnahme im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs des Landschaftsverband Rheinland im Zusammenhang mit der Einleitung der Herstellung des Benehmens zur Festsetzung der Landschaftsumlage mit Schreiben vom 31.08.2016 hingewiesen und einen Verzicht jedweder Doppelbelastung gefordert. Bereits im Verfahren zur Herstellung des Benehmens zur Festsetzung der Landschaftsumlage ist deutlich geworden, dass sich Landschaftsverband und Mitgliedskörperschaften mit starkem Engagement dafür eingesetzt haben, eine Doppelbelastung zu vermeiden, für deren Umsetzung Einstimmigkeit bei allen Beteiligten Voraussetzung ist.

Es wird davon ausgegangen, dass der Landschaftsverband Rheinland unter den genannten Bedingungen in den Haushaltsplan 2017/2018 keine Rückstellungen aufnehmen wird.

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Landrat
Herrn
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

18.10.2016

Resolution zur Senkung der Landschaftsumlage

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie folgenden Antrag dem kommenden Kreisausschuss am 02.11.2016 zur Entscheidung vorzulegen.

Antrag:

Der Kreisausschuss beschließt folgenden Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

Der Rhein-Kreis Neuss fordert den Landschaftsverband Rheinland auf, den Satz der Landschaftsverbandsumlage für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 von im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen 16,75 Prozentpunkten um 0,6 Prozentpunkte auf 16,15 Prozentpunkte abzusenken und die mittelfristige Finanzplanung entsprechend anzupassen.

Begründung:

Durch die seitens der Stadt Köln erfolgte Rücknahme der Klage betreffs der Kostenträgerschaft für ambulante Integrationshilfen kann der Doppelhaushalt 2017/2018 seriös, belastbar und nachvollziehbar um 90 Mio. Euro entlastet werden. Dies entspricht 0,6 Prozentpunkten der Landschaftsverbandsumlage und setzt voraus, dass der Doppelhaushalt 2017/18 nicht mit neuen kostenträchtigen Entscheidungen belastet wird.

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

-2-

Die Reduzierung der Landschaftsverbandsumlage und die entsprechende Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung sollen den kommunalen Gebietskörperschaften ungekürzt zu Gute kommen und entsprechen damit der strikten Einhaltung des Rücksichtnahmegebots gegenüber der kommunalen Familie.



Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1713/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	02.11.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:**Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2016
zum Thema "Reichsbürger im Rhein-Kreis Neuss"****Sachverhalt:**Antwort zu Frage 1

Bezüglich der Organisationsstärke und Zusammensetzung der sogenannten „Reichsbürger“ im Rhein-Kreis Neuss können keine validen Zahlen genannt werden, da es sich nicht um einen Begriff handelt, der in den polizeilichen Vorgangssystemen recherchierbar wäre. Sogenannte „Reichsbürger“ fallen immer nur dann auf, wenn sie sich selbst als solche „outen“. Sie sind im Rhein-Kreis Neuss in den vergangenen Jahren nur vereinzelt im Rahmen der Allgemeinkriminalität in Erscheinung getreten.

Im Internet wird auf der Homepage „Deutsche Reichsdruckerei“ die Möglichkeit geboten, Dokumente zur „Legitimation“ als Reichsbürger zu erwerben. Als Firmensitz ist Kaarst-Vorst verzeichnet. Weitergehende Erkenntnisse liegen hier nicht vor.

Zur Information füge ich ihnen den Link zur Reichsdruckerei ein.

http://deutsche-reichsdruckerei.de/index_alt.html

Antwort zu Frage 2

Sachkundige Bürger, die der Gruppierung der „Reichsbürger“ angehören, sind der Verwaltung nicht bekannt.

Antwort zu Frage 3

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die in engen Kontakt zu Bürgern stehen, wie beispielsweise Mitarbeiter des Sozialamtes, des Jobcenters oder des Straßenverkehrsamtes, haben die Möglichkeit an Schulungen teilzunehmen, die sich mit dem Umgang schwieriger Kunden beschäftigen. Ziel der Seminare ist es, die kommunikative Kompetenz gerade in komplizierten Gesprächssituationen weiterzuentwickeln. Hierzu werden

im Seminar auf der Basis konkreter Erfahrungen und Fallsituationen praktische Übungen durchgeführt.

Den Polizeibeamten im Rhein-Kreis Neuss stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit verschiedene Informationsquellen zu zahlreichen Kriminalitätsphänomenen zur Verfügung. So ist auch das Phänomen „Reichsbürger“ ein Thema auf das insbesondere in der jüngsten Vergangenheit im polizeilichen Intranet und im Rahmen interner Besprechungen hingewiesen wurde.

Antwort zu Frage 4

Im Rahmen der Vollzugshilfe ist die Kreispolizeibehörde aktuell auf Ersuchen einer Gerichtsvollzieherin in ein Zwangsvollstreckungsverfahren gegen Personen eingebunden, die sich selbst als Reichsbürger bezeichnen.

Des Weiteren liegt eine Anzeige der Stadt Neuss wegen Bedrohung von Mitarbeitern des Ordnungsamtes durch einen Mann, der sich als Reichsbürger zu erkennen gegeben hat, vor. Die Anzeige wurde zuständigkeitshalber an das Polizeipräsidium Düsseldorf (KI Staatsschutz) weitergeleitet.

Antwort zu Frage 5

Nach derzeitigem Stand liegen hier keine Erkenntnisse darüber vor, dass auf sogenannte Reichsbürger im Rhein-Kreis-Neuss legale Waffen zugelassen sind.

Anlagen:

Anfrage Grüne Reichsbürger

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax-Nr. +49 2181 6012400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 26. Oktober 2016
Matthias Molzberger/Renate Dorner-Müller

Anfrage zu den sogenannte "Reichsbürgern" im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

seit den Vorkommnissen in Bayern finden die sogenannten "Reichsbürger" wieder verstärkt Beachtung. Auch in Nordrhein-Westfalen soll es unterschiedlichen Berichten zufolge eine sogenannte „Reichsbürgerszene“ geben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, unsere nachstehenden Fragen in der Sitzung des **Kreisausschusses am 2. November 2016** zu beantworten:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Verwaltung hinsichtlich der Organisationsstärke und Zusammensetzung von sogenannten "Reichsbürgern" im Rhein-Kreis Neuss?
2. Gibt es im Rhein-Kreis Neuss bzw. den angehörigen Städten und Gemeinden Vertreter*innen in politischen Gremien (z.B. sachkundige Bürger*innen), die dieser Gruppierung zuzuordnen sind?
3. Sind die Beamt*innen und Angestellten des Rhein-Kreises Neuss auf den Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ vorbereitet?
4. Wie viele Verfahren gibt es derzeit gegen sogenannte „Reichsbürger“ im Rhein-Kreis Neuss?
5. Wie viele der bekannten „Reichsbürger“ im Rhein-Kreis Neuss besitzen legal Waffen?

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. Matthias Molzberger
Kreistagsabgeordneter

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email